



47/2013

Kiel, 11. April 2013

Nordschleswig-Gremium im Folketing: Minderheiten gleich behandeln

Kiel/Kopenhagen (SHL) – Wie kann die deutsche Minderheit im dänischen Grenzland noch besser gefördert werden? Diese Frage hat das Nordschleswig-Gremium des Landtages in Gesprächen mit Folketings-Abgeordneten in Kopenhagen erörtert. Im Vordergrund standen Zuschüsse des dänischen Staates für eine Schulerweiterung und eine intensivere Förderung der deutschen Sprache im Königreich. Im Kontakt-ausschuss des Folketing traf das Gremium aus rund 25 Landes- und Bundespolitikern und Vertretern des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) auf dänische Parlamentsabgeordnete und Unterrichtsministerin Christine Antorini.

Die Folketings-Abgeordneten bekräftigten, dass die deutsche und die dänische Minderheit im Grenzland grundsätzlich gleich behandelt werden müssten. Dem Antrag des BDN, die Erweiterung einer Grundschule der deutschen Minderheit in Gravenstein zu fördern, standen sie positiv gegenüber. Es geht dabei um rund 300.000 Euro, die der Schulverein der Minderheit vom dänischen Staat benötigt, um die "Förde-Schule" zu erweitern. Hintergrund ist der starke Anstieg ihrer Schülerzahlen um fast 50 Prozent, von 100 Schülern bis zum Sommer 2012 auf 145 Schüler im Schuljahr 2013/14. Weitere 200.000 Euro Fördermittel hat dafür bereits das deutsche Auswärtige Amt zugesagt.

Ungleichheit ist dadurch entstanden, dass Deutschland unter anderem den Bau und Unterhalt von Gebäuden der dänischen Minderheit in Südschleswig bezuschusst, der dänische Staat solche "investiven Mittel" der deutschen Minderheit bisher nicht zukommen lässt. Das Gleichgewicht müsse jetzt wieder hergestellt werden, betonten die dänischen Parlamentarier.

Wichtig war deutschen wie dänischen Abgeordneten, dass beide Sprachen auch in den Mehrheits-Gesellschaften der Nachbarländer intensiver gefördert werden. Wie früher

müsse Deutsch auch in ganz Dänemark wieder eine "hohe Priorität" bekommen, betonten dänische Politiker, auch weil es in großen Unternehmen immer wichtiger werde, beide Sprachen zu beherrschen. "Dänische Firmen befürchten bereits, Aufträge zu verlieren, weil ihre Mitarbeiter nicht genug deutsch sprechen", sagten Folketings-Vertreter.

Ebenso wichtig sei, dass Dänisch in Schleswig-Holstein intensiver gelehrt werde, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie im Kontaktausschuss. Unter anderem, weil beide Länder durch neue Verkehrswege wie die Fehmarnbelt-Querung noch enger zusammenrückten. Wichtig sei dies auch für die immer engeren wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte der Schleswig-Holsteiner mit dem Nachbarland.

Das Nordschleswig-Gremium setzt sich seit 1975 für die Belange der deutschen Minderheit in Dänemark ein. Zweimal im Jahr beraten die Mitglieder gemeinsam mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger unter Vorsitz des Landtagspräsidenten, je einmal in Kiel und in einer Einrichtung der Minderheit in Nordschleswig. Einmal pro Wahlperiode fährt das Gremium für Gespräche nach Kopenhagen. Dort trifft es im Kontaktausschuss auf dänische Abgeordnete, um Belange der Minderheit zu besprechen.

Nach dem Treffen der Abgeordneten und Minderheitenvertreter nahm das Nordschleswig-Gremium im Folketing an der Konferenz des dänischen Grenzvereines (Grænseforening) teil. Vor rund 160 Schülern der Flensburger Duborg-Skolen und der Schleswiger A.P. Møller-Skolen der dänischen Minderheit diskutierten die Abgeordneten Astrid Dame-row (CDU), Simone Lange (SPD) und Rasmus Andresen (B'90/Grüne) die Erfahrungen der Minderheiten im Grenzland. Landtagspräsident Klaus Schlie lud den dänischen Grenzverein zu einem Gegenbesuch in das Kieler Landeshaus ein.

In einem anschließenden konstruktiven Gespräch mit dem Folketings-Präsidenten Mogens Lykketoft regten Landtagspräsident Klaus Schlie und Landtagsdirektor Prof. Dr. Utz Schliesky außerdem direkte Gespräche schleswig-holsteinischer Abgeordneter mit dänischen Parlamentariern an. Darin könne man über den Kontaktausschuss hinaus dann auch allgemeine deutsch-dänische Anliegen erörtern, zum Beispiel Infrastrukturmaßnahmen wie die Fehmarnbelt-Querung und verbesserte Bahnanbindungen, sagte Klaus Schlie.